



## Italiens neue Regierung – wohin gehen wir?

Judith Gleitze, borderline-europe Außenstelle Sizilien  
16. September 2019

---

Noch hat sich nicht viel geändert im Italien des “Conte bis”, wie man hier sagt. ‚Bis‘ bedeutet Zugabe, Conte durfte nach langen Verhandlungen der Fünf-Sterne-Regierung mit der Demokratischen Partei letztendlich als Premier im Amt bleiben. Am 10. September stimmte der Senat [über die neue Regierung ab](#), Conte hatte die Vertrauensfrage gestellt: 169 sind für die neue Regierung, 133 dagegen. Am Tag vor der Abstimmung tobte vor dem Montecitorio, dem Abgeordnetenhaus, die von Giorgia Meloni (Fratelli d'Italia, „Brüder Italiens“, einer rechtsgerichteten Partei) [einberufene Demonstration](#), an der auch ihr Freund und größter Verlierer der neuen Regierungsbildung, Matteo Salvini, teilnahm.

Der Fall der Alan Kurdi

Doch was ändert sich nun wirklich? Schauen wir auf den Fall der Alan Kurdi, die am 31. August 13 Menschen aus Seenot rettete: Noch am selben Tag erließ der damalige Innenminister Salvini ein [Einfahrtsverbot](#) auf der Grundlage seines zweiten Sicherheitsdekrets. Die deutsche Seenotrettungs-NGO Sea – Eye hatte dann bei der neuen Innenministerin Luciana Lamorgese angefragt, am 5. September [postete sie auf Twitter](#) die Antwort: Wir informieren Sie, dass das Dekret 53/2019 immer noch in Kraft ist. [Häppchenweise wurden die Geretteten letztendlich in Malta von Bord](#) gelassen, die letzten Fünf erst nach mehreren Selbstmordversuchen auf dem Schiff. Doch [Malta erpresste die Organisation](#): wir nehmen die letzten fünf Menschen nur, wenn ihr eure Klage gegen Malta fallen lasst. In dieser sollte festgestellt werden, dass Malta zuständig für die Aufnahme ist, da die Rettung in [maltesischem Seenotrettungsgebiet](#) stattfand.

Die Sicherheitsdekrete Salvinis – bleiben sie in Kraft?

Ab September beginnen mit der neuen Regierung zwar die Verhandlungen, ob und wie das Sicherheitsdekret geändert werden könnte, denn Staatsoberhaupt Mattarella hatte selber gesagt, dass er die Strafen für die Seenotretter zu drastisch fände. Eine Diskussion scheint also in Gang zu kommen, doch ist bisher [nur die Rede vom zweiten Sicherheitsdekret](#), das erste, das vor allem die Aufnahmebedingungen und das Aufenthaltsrecht massiv verschlechterte, ist noch nicht in Diskussion. Zu Salvinis Amtsantritt 2018 befanden sich noch [130.000 Geflüchtete in den sogenannten Übergangszentren CAS](#) und ca. 30.000 Menschen in den SPRAR, den Zweitunterkünften, die zur Integration dienen sollten. Letztere schaffte Salvini für die meisten Betroffenen ab - nur noch Asylanerkannte und unbegleitete Minderjährige sollten hier wohnen dürfen. Damit beförderte der ehemalige Innenminister genau das System, das es eigentlich auszumerzen galt: Tisch und Bett und keinerlei Hilfe in abgelegenen, schlecht versorgten Übergangszentren für Asylsuchende auf die Ewigkeit. Nun obliegt es der neuen Regierung, sich wieder für Werte der Humanität und gegen den geschürten Hass einzusetzen und z.B. die Inklusion von Geflüchteten in der Gesellschaft zu befördern. Raus aus dem ewigen Notstandsszenario rein in eine langfristige Unterbringungspolitik sollte die Devise sein. Doch dafür müsste sich natürlich auch die Politik der Ankünfte ändern.

Selbstkritik oder Vogel Strauß?

*„Es bedeutete, dass Conte und Fünf-Sterne-Bewegung zu einer Selbstkritik an der uneingeschränkten Komplizenschaft mit Salvini in Fragen der Einwanderung und Sicherheit und ganz allgemein an der Konvergenz zwischen Legist\*innen und Fünfsterner\*innen bei dem Angriff auf die Gewaltenteilung und die repräsentative Demokratie bereit sein müssten. Im Gegenzug muss es auch eine Selbstkritik der Demokratischen Partei zu der von ihren früheren Regierungen formulierte Sozialpolitik, die weitgehend für die populistischen und souveränen Ausbeutungen der Jahre 2013 und 2018 verantwortlich ist, geben“*, so Ida Dominijanni am 5. September in der [Monatszeitschrift 'Internazionale'](#). Doch ob das wirklich so sein wird stellen viele Asylrechtskenner\*innen in Frage. „Die Form mag sich ändern, doch die Substanz bleibt“, so [Fulvio Vassallo Paleologo](#). Die Verteidigung der Grenzen und das Thema Sicherheit stehen weiterhin im Vordergrund. Die Frage ist also: Welche Alternative sieht die Regierung tatsächlich zu den geschlossenen Häfen und den abgeschotteten Grenzen? Wo sind die echten politischen Vorschläge, um die Situation zu ändern?

Temporäre statt langfristige Lösungen

Die große Gefahr ist, dass die Diskussion erneut im Verteilungsmechanismus hängen bleibt. Derzeit versucht alt-neu Premier Conte mit der EU Kommission auszuhandeln, wie die „abtrünnigen“ EU-Mitgliedsstaaten dazu gezwungen werden können, Geflüchtete, die in Italien anlanden, zu übernehmen. Auch das mag wichtig sein, doch das Problem bleibt: wir reden weiterhin nur über Ankünfte und versuchen diese kurzfristig und notstandsmäßig zu regeln. Von einer zweiten Phase, der Aufnahme, der Inklusion, [wird weiterhin nicht gesprochen](#). Und das hat natürlich auch einen Grund, denn befragte man die Bevölkerung, so würden sehr viele Menschen immer noch für die harte Salvini-Linie stimmen. Nicht zuletzt aus diesem Grunde scheuen die derzeit [Regierenden davor, sich vollständig davon zu distanzieren](#). Daher werden derzeit vor allem schnelle, wenn auch temporäre Lösungen angestrebt: eben die schnelle Verteilung in andere EU-Staaten, die Aufhebung der jetzigen Dublin-Verordnung und [Strafen für die Länder](#) – also vor allem auch die Visegrad-Staaten – die nicht mitspielen. Sobald dies geklärt sei gebe Italien auch seine Zustimmung für eine neue SOPHIA-Mission von Eunavfor Med zur Bekämpfung der so genannten Schlepper.

Hotspots und Verteilungspolitik

Was jedoch macht dieser erzwungene Verteilungsmechanismus mit den Geflüchteten? Dass sich erst mal nichts geändert hat zeigt der Fall der Ocean Viking (SOS Méditerranée/Ärzte ohne Grenzen): am 8. und 9. September hatte das Schiff insgesamt 84 Menschen gerettet. Die neue Regierung war zu dem Zeitpunkt schon in Kraft, Innenministerin Lamorgese, Verteidigungsminister Guerini (Sozialdemokraten) und Transportministerin De Micheli (Sozialdemokraten) sind nun verantwortlich für die Erlaubnis oder das Verbot der Einfahrt. Nicola Zingaretti, Parteivorsitzender der Demokratischen Partei, spricht sich für eine sofortige Einfahrt der 'Ocean Viking' in einen italienischen Hafen aus. Doch dann passiert – nichts. Erst am 14. September wurden die Geretteten schließlich von Bord nach Lampedusa gebracht, nachdem ihre Verteilung verhandelt worden war: je 24 Personen kommen nach Frankreich und Deutschland, acht nach Portugal und zwei nach Luxemburg. Was mit den verbleibenden 24 Personen (zwei waren aus medizinischen Gründen vorher evakuiert worden) geschieht ist derzeit unklar. Ein neuer Verteilungsplan sieht nun vor, dass Frankreich und [Deutschland jeweils 25%](#) der in Italien über See ankommenden Geflüchteten übernehmen werden.

Doch was heißt das Ganze für die Geretteten? Sie werden in den verschiedenen Hotspots 'zwischenparkt'. Eine [Untersuchung von Borderline Sicilia](#) und dem Projekt Inlimine des

Rechtsanwält\*innenverbandes ASGI zeigt:

*„Die Verweildauer im Hotspot sowie die Zeit bis zum Transfer sind erheblich länger, bis die Delegationen der europäischen Länder eintreffen. Darüber hinaus gibt es aufgrund des Fehlens einer echten Regulierung keine logischen Gründe für die Wahl der von den verschiedenen Delegationen befragten Migrant\*innen: Die Entscheidung liegt bei den Mitgliedstaaten, die ihre Auswahl hauptsächlich auf der Grundlage von Fragen der Nationalität, Religion, Ethnie, Sicherheit und des Terrorismus treffen. So hat sich die französische Delegation fast immer dafür entschieden, französischsprachige Personen aus ehemaligen Kolonien oder Einflussbereichen zu befragen, ihre Integrationsfähigkeit zu überprüfen und festzustellen, ob sie sich an die "westlichen Werte" halten oder nicht. Wir haben festgestellt, dass die von den Delegationen gestellten Fragen weder mit der persönlichen Geschichte noch mit dem Asylrecht zu tun haben, sondern immer darauf abzielen, die vermeintliche "Westlosigkeit" des/der Migrant\*in zu beurteilen. Viele französischsprachige Muslime wurden zum Beispiel gefragt, ob sie, wenn sie eine Französin heirateten, ihrer Frau den Schleier aufzwingen würden. Oder wie wäre ihre Reaktion, wenn sich ihr Sohn als homosexuell erweisen würde? Hinzu kommt ein absoluter Mangel an Informationen über die Verfahren zur Umverteilung derjenigen, die von den Delegationen abgelehnt werden, denn diese sind nicht verpflichtet, eine bestimmte Anzahl von Migranten aufzunehmen.“*

Im Hotspot von Pozzallo befanden sich Anfang September ca. 300 Menschen aus verschiedenen Ankünften: 67 von der Gregoretti, die die Geretteten am 31. Juli nach Augusta gebracht hatte. 70 Menschen, die von der Open Arms Anfang August gerettet und knapp drei Wochen später endlich nach Lampedusa gebracht worden waren warten seitdem ebenfalls in Pozzallo auf ihre Verteilung. Auch die Geretteten der Eleonore von Mission Lifeline, die eine Woche nach der Rettung am 26. August die Einfahrt in den Hafen Pozzallo erzwang, warten hier. In Messina hingegeben verschärft sich die medizinische und psychologische Situation zusehends. Hier warten immer noch 50 Menschen darauf, endlich verteilt zu werden, unter ihnen 42, die von der Sea Watch 3 am 12. Juni gerettet und erst am 29. Juni in Lampedusa an Land gehen durften, nachdem Kapitänin Carola Rackete den Notstand ausrief und einfuhr. So kann also eine auf Dauer angestrebte Lösung nicht aussehen.

Haft und Folter in Libyen – internationale Verantwortlichkeiten

Eine interessante Veränderung hingegen hat es am 16. September im Bereich der Justiz gegeben: die Staatsanwaltschaften in Agrigento und Palermo haben drei Männer verhaftet, die von Geretteten auf der Alex (Mediterranea), die sie am 7. Juli nach Lampedusa gebracht hatte, identifiziert worden waren. Die drei Männer werden der illegalen Haft, Folter, Vergewaltigung und anderer Taten beschuldigt, die sie im offiziellen Haftzentrum der libyschen Regierung in Zawiyah begangen haben sollen. Erstmals fokussieren sich die Ermittler\*innen nun auch auf die Verletzung von Internationalem Recht und auf die Verantwortung von Regierungen – hier geht es natürlich vor allem um die Abkommen zwischen Libyen und Italien.

Eine klare Politik ist erforderlich

Am [15. September organisierten Salvini](#) und seine Anhänger\*innen wieder einmal eine Demonstration in der rechten Hochburg Pontida in Norditalien. Die Töne des derzeitigen Verlierers erinnern an das Gebrüll eines waidwunden Wolfes, der mit aller Gewalt wieder an die Macht kommen will, nachdem er im August alles auf eine Karte gesetzt und verloren hatte. Seine Töne sind jetzt weitaus direkter und lassen an Reden aus Zeiten des Dritten Reiches erinnern: "Ich kann gerne sieben Ministerien den Verrätern überlassen, denn wir werden sie uns in wenigen Monaten mit Zinsen zurückholen", so Salvini, der zudem eine Demonstration am 19. Oktober in Rom angekündigt, die er zum „Fest des Nationalstolzes“ machen will.

Hier liegt eine Gefahr, die wir nicht unterschätzen sollten. Wir dürfen uns sicher nicht zu viele Hoffnungen machen, denn nicht nur die Fünf-Sterne-Bewegung, die gerade in Migrationsfragen oftmals sehr einig mit Salvinis Lega war, sondern auch die italienischen Sozialdemokrat\*innen, die ebenfalls eine große Verantwortung an der Abschottungspolitik tragen, werden die Welt nicht verändern. Doch die neue Regierung muss schnellstens etwas tun, um klare Zeichen gegen diese faschistischen Tendenzen zu setzen. Dazu gehören auch langfristige Maßnahmen zur Aufnahme und Inklusion von Geflüchteten und Migrant\*innen, die der Bevölkerung erläutert werden müssen. Es darf nicht mehr nur über Migration als der Wurzel allen Übels gesprochen werden, um von den eigentlichen Problemen abzulenken. Vergessen wir nicht, wir leben im Zeitalter der schnelllebigen „Social-Media-Politik“ - jetzt ist eine klare, eindeutige Politik erforderlich, die tatsächlich allen Menschen zugute kommt.